



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger:innenbrief

14. September 2021

Linke Themen, Linke Plakate +++ Schiller-Oper: Abriss-Stopp +++ Cop4U in der Schule +++ Mikis Theodorakis

Zeit zu handeln!

Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit

Wahlprogramm
zur Bundestagswahl 2021

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Tage vor der Bundestagswahl am 26. September sind angebrochen. Viele Menschen werden froh sein, wenn der »Wahlkampf« ein Ende hat: Bürger:innen, die die Plakate an den Straßen leid sind, politisch engagierte Menschen und Kandidat:innen an den »Infoständen«, die nach pausenlosem Einsatz müde sind. DIE LINKE wird sich auch in den letzten Tagen noch einmal mächtig ins Zeug legen, um ihre programmatischen Aussagen möglichst vielen Menschen zu vermitteln.

Derweil machen wir in der Hamburger Linksfraktion unsere Arbeit, schlagen uns mit den Cum-Ex-Deals herum, fragen nach, wer denn nun mit dem grünen Stift die Warburg-Unterlagen abgezeichnet hat, machen auf wohnungs- und schulpo-

litische Versäumnisse en gros und en detail aufmerksam. Immerhin, so unser Eindruck, mit vieler unserer Kleinen und Großen Anfragen scheinen wir in Wespennester zu stechen, es vergeht kaum ein Tag, an dem die Medien nicht über irgendwelche Ungereimtheiten, Daten und Fehlentwicklungen berichten, die sich aus den dem Senat abgerungenen Informationen ergeben. Gerade auch darin sehen wir unsere Aufgabe in der Opposition: Hinzuweisen auf Notstände und Mängel in dieser Stadt und – im Verbund mit den BürgerInnen, Wissenschaftler:innen und Initiativen – auf Abhilfe zu pochen.

Eine andere wichtige Rolle spielen auch unsere Bemühungen, allzu einfachen oder gar falschen oder populistischen Aussagen entgegenzutreten, fragwürdige Argumente zu ent-

larven und angeblich objektive Zahlen zu hinterfragen. Dafür gibt es so viele Beispiele. Nehmen wir den Begriff »Sozialwohnungen«. Im üblichen immer noch verbreiteten Verständnis werden damit die günstigen Wohnungen des 1. Förderweges gemeint, im Neubau beträgt hier die Einstiegsrente 6,80 Euro/qm nettokalt. Vor einigen Jahren ist auch ein 2. Förderweg eingerichtet worden, die Einstiegsrente beläuft sich allerdings schon auf 8,90 Euro/qm nettokalt. Der 2. Förderweg, der einen wachsenden Anteil ausmacht, ist eher etwas für den sicher auch gebeutelten Mittelstand, doch der Hauptmangel besteht im unteren Preissegment, das mit einem immer geringeren Wohnungsangebot einher geht. In beiden Fällen handelt es sich um *öffentlich geförderten Wohnraum*, nicht aber um *Sozialwohnungen*, wie der Senat inzwischen in fast jeder Pressemeldung formuliert... um seine Negativbilanz bei den Sozial-

wohnungen des 1. Förderweges zu kaschieren. Von 2021 bis 2030 werden nämlich 42.000 Sozialwohnungen aus der Bindung laufen, neu gebaut werden sollen aber nur 23.000.

Von einem anderen Fall der allzu leichtfertigen Vorverurteilung und Verunglimpfung von jungen Menschen berichten wir in diesem »Bürger:innenbrief«: vom Umgang mit den angeblich so gewaltorientierten Schüler:innen der Ida Ehre Schule in Eimsbüttel. Hier heißt es aus unserer Sicht, hinzuschauen, hinzuhören und den populistischen Vereinfacher:innen und Verfälscher:innen aus Medien, Politik und Gesellschaft entgegenzutreten. Auch über unseren »Bürger:innenbrief«.

Sabine Boeddinghaus und Heike Sudmann
Michael Joho und Hanno Plass

Linke Themen, linke Plakate

Von einer »Richtungsentscheidung« ist mit Blick auf die Bundestagswahl am 26. September in den letzten Wochen viel zu hören. Die Plakate der meisten Parteien geraten auch dieses Mal wieder recht inhaltsleer, selbst die GRÜNEN haben diesbezüglich an Niveau verloren und meinen offenbar, nur oft genug das Wort »Zukunft« wiederholen zu müssen, um gewählt zu werden. Das neudeutsche »Triell« nährt zudem den Glauben, die momentane Verfasstheit von Politiker:innen entscheide darüber, wo es in den kommenden Jahren hin geht. Nun denn.

DIE LINKE bleibt dabei konzentriert auf die drei Schwerpunkte soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. Und ihre Plakate machen, im Unterschied zu denen der anderen Parteien, wenigstens ansatzweise klar, worum es ge-

hen muss. Da gewöhnlicherweise nur ein Ausschnitt der plakatierten Slogans wahrgenommen wird, erlauben wir uns in diesem »Bürger:innenbrief«, sämtliche Plakate der LINKEN zu präsentieren, für den Gesamteindruck sozusagen. Vor allem aber gibt es auf den kommenden Seiten das Kurzwahlprogramm der LINKEN.#

Wer aber die ausführlichere, 168-seitige Langfassung bevorzugt, schaut hier: www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf.

Und ein Kurzwahlprogramm in leichter Sprache gibt es auch noch: https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/755715_LINKE-PV_BTW21_KWP_EinfacheSprache_A5_210715b.pdf.



Zeit zu handeln: Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!

Bei dieser Bundestagswahl entscheidet es sich: Wer zahlt die Kosten der Corona-Krise? Um das Klima zu retten, müssen wir Wirtschaft und Gesellschaft umbauen. Wessen Leben wird leichter, wer wird es schwerer haben? DIE LINKE sorgt dafür, dass sich niemand zwischen dem Arbeitsplatz und der Zukunft der eigenen Kinder und Enkel entscheiden muss.

Klimaschutz mit sicheren Arbeitsplätzen und guten Löhnen zu verbinden: Das geht. **Ein krisenfestes Gesundheitssystem, das alle gleich gut versorgt:** Das geht.

Löhne, die für ein gutes Leben und für sichere Renten reichen: Das geht. **Ein Sozialstaat, der alle sicher vor Armut schützt und gute Bildung, bezahlbare Wohnungen, kostenfreien Nahverkehr bereitstellt:** Das geht.

Wenn alle ihren gerechten Beitrag leisten. Die Superreichen sind in der Corona-Krise reicher geworden, während viele Beschäftigte mit Kurzarbeit kaum über die Runden gekommen sind. **Geld ist genug da.**

Es muss gerecht verteilt und zum Wohle aller eingesetzt werden. Das geht, mit einer starken LINKEN.

Deshalb bitten wir Sie bei der Bundestagswahl am 26. September um Ihre Stimme!

**1. Wir regeln Arbeit, damit sie zum Leben passt**

Jede*r Fünfte im Westen, jede*r Dritte in Ostdeutschland arbeitet zu Niedriglöhnen: Nur ein Ereignis – Kurzarbeit, Krankheit, pflegebedürftige Angehörige – trennt sie von der Existenzangst. Corona hat das vielen vor Augen geführt. Die Löhne müssen steigen. **Wir setzen den Mindestlohn auf 13 Euro – darunter reicht es nicht für eine armutsfeste Rente.** Wer mit befristetem Arbeitsvertrag arbeitet, in Leiharbeit, bei Werkvertragsfirmen oder Subunternehmen, in Minijobs oder ohne Tarifvertrag verdient weniger und ist schlechter abgesichert. Wir sagen: Schluss damit! **Statt unsicherer Arbeit und Niedriglöhnen müssen alle wieder unter Tarifverträge fallen.** Gemeinsam sind wir stark! Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft bekommen mehr Mitbestimmungsrechte und ein Veto-Recht gegen Verlagerungen des Standortes und Entlassungen. Wir schaffen Arbeit, mit der wir die Zukunft planen können. **Wir brauchen Zeit für Familie, Freunde, Freizeit: kürzere Arbeitszeiten mit vollem Lohnausgleich.**

2. Wir verteilen den Reichtum so, dass er allen zugutekommt

Noch nie waren Einkommen und Vermögen in Deutschland so ungleich verteilt: Allein die 45 reichsten Haushalte besitzen so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammengenommen. Weil die Steuern auf Vermögen und hohe Einkommen gesunken sind. Seit 1997 wird die Vermögensteuer nicht mehr erhoben. Das Ergebnis: Öffentliche Dienstleistungen werden kaputtgespart oder sind privatisiert worden. In vielen Schulen funktionieren die Toiletten nicht, ganz zu schweigen von der Ausrüstung mit Laptops. Krankenhäuser werden privatisiert oder geschlossen. Es fehlen jede Menge Lehrer*innen und Erzieher*innen. Dafür ist kein Geld da? Doch: **Wir besteuern hohe Vermögen und Erbschaften gerecht. Mit den Einnahmen modernisieren wir Schulen, Krankenhäuser und schaffen bezahlbare Wohnungen in öffentlichem Eigentum. Denn was für alle da ist, muss allen gehören.**

Unser Steuerversprechen: Wer (als Single, Steuerklasse I) weniger als 6.500 Euro im Monat brutto hat, zahlt dann weniger Steuern. Wer mehr hat, gibt mehr ab. Ist doch nicht zu viel verlangt.

3. Wir schaffen faire Übergänge in eine klimagerechte Zukunft

Zwei Drittel der weltweiten CO₂-Belastung wird von 100 Großkonzernen verursacht. Für konsequenten Klimaschutz bitten wir deshalb nicht die einfachen Leute zur Kasse, etwa durch höhere Mieten oder steigende Strompreise. Im Gegenteil! **Wir legen uns mit den Konzernen an und sorgen für faire Übergänge für alle in eine klimagerechte Zukunft.** Wir schaffen einen Rettungsschirm für die Beschäftigten: Mit Job- und Einkommensgarantien. Mit 4-Tage-Woche, Lohnausgleich und Weiterbildungsgarantie.

Wir bauen Bus und Bahn aus und machen den Öffentlichen Nahverkehr kostenfrei. Der erste Schritt: freie Fahrt für Kinder und Senior*innen. Innerhalb von fünf Jahren sollen überall in Deutschland Bus und Bahn umsonst sein. Für den ländlichen Raum geben wir eine Mobilitätsgarantie: Mehr Busse, die öfter fahren. Wer pendeln muss, darf nicht aufs Auto angewiesen sein. Die Bahnpreise halbieren wir und verlegen kurze Flüge auf Schiene. Mehr Schienenverkehr bedeutet auch: mehr Produktion und mehr Arbeitsplätze. Bis 2035 machen wir Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft klimaneutral.

4. Wir organisieren Pflege und Gesundheit so, dass alle gleich gut versorgt sind

Spätestens Corona hat gezeigt: Unser Gesundheitssystem ist nicht krisenfest. In den Krankenhäusern und Pflegeheimen fehlen Fachkräfte – jeweils mindestens 100 000. Überall versuchen Pflegekräfte, die Lücken mit Extra-Einsatz zu füllen. Oft über ihre Kräfte hinaus. Viele verlassen erschöpft den Beruf. Raus aus dem Pflegenotstand! Wir legen gute Versorgung mit ausreichend Personal gesetzlich fest. Bessere Arbeitsbedingungen und 500 Euro mehr pro Monat: Wer Menschen pflegt, verdient nicht weniger als diejenigen, die Geld verwalten oder mit Aktien handeln! Krankenhaus- und Pflegekonzerne müssen gemeinnützig wirtschaften, statt auf Profit und

Dividenden ausgerichtet! **Wir bringen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in die öffentliche und gemeinnützige Hand.** Schluss mit der 2-Klassen-Medizin: **Gleich gute Versorgung für alle mit einer solidarischen Gesundheitsversicherung:** Alle, auch die Topverdiener zahlen in die gesetzliche Kasse ein. Die Beitragssätze sinken für alle. Wer weniger als 6.300 Euro brutto verdient, zahlt weniger als jetzt. Die LINKE Pflegevollversicherung deckt alle Bedarfe ab. Die Eigenanteile für die Gepflegten fallen weg.

5. Menschen vor Profite:

Wir machen Wohnen bezahlbar

Die Mieten explodieren, längst nicht nur in den großen Städten. Immer größere Teile des Einkommens werden von der Miete aufgefressen. Viele Menschen müssen ihre Nachbarschaften verlassen oder sitzen in zu kleinen Wohnungen fest. Weil mit Immobilien spekuliert wird und Mieter*innen die Gewinne der Aktienbesitzer bezahlen. Die Regierung hat die Entwicklung nicht gebremst. Jetzt ist Schluss! **Wir stoppen die Mietenexplosion und legen feste Obergrenzen für die Mieten fest:** einen Mietendeckel! Modernisierungen dürfen nicht zu Mieterhöhungen genutzt werden. Die Modernisierungsumlage schaffen wir ab. **Mit Wohnungen darf nicht mehr an der Börse spekuliert werden.** Konzerne, die nicht sanieren, die Mieten hochtreiben oder ihre Mieter*innen schikanieren, müssen enteignet werden. Der Markt regelt es nicht: Es gibt nur noch halb so viele Sozialwohnungen wie vor 15 Jahren. Mehr als fünf Millionen Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen fehlen. Wir halten dagegen: **Jedes Jahr schaffen wir 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen.** Sie bleiben dauerhaft in der Sozialbindung.

6. Wir schaffen Renten,

die ein gutes Leben im Alter ermöglicht.

Viele Menschen denken mit Sorge an die Rente: Wird sie zum Leben reichen – und was für ein Leben wird es sein? Halte



ich den Job bis zur Rente durch oder wird mir die Rente gekürzt? Die Arbeitgeber und die Parteien, die ihnen nahestehen, wollen, dass die Menschen länger arbeiten: bis 68 oder gar 70. Das würde für viele Menschen bedeuten: Sie müssten arbeiten bis zum Umfallen. **DIE LINKE will, dass jede*r spätestens mit 65 in Rente gehen kann.** Wer 40 Jahre Beiträge gezahlt hat, auch schon früher. Das Rentenniveau heben wir wieder auf 53% an (von 48%). Wer heute die Durchschnittsrente von knapp 1.050 Euro bekommt, hätte dann 100 Euro mehr. Die Rentenversicherung wollen wir so umbauen, so dass auch Beamte, Politiker*innen und Selbständige einzahlen und versichert sind. Dann reicht es auch für gute Renten für alle. Die Renten im Osten müssen sofort an die im Westen angeglichen werden. Statt Flaschensammeln: Niedrige Renten werden wir auf 1.200 Euro aufstocken. Das ist nur gerecht.

7. Kein Geschäft mit dem Tod: Waffenexporte verbieten

Aus Deutschland werden Waffen und Rüstungsgüter in die ganze Welt exportiert – auch in Gebiete, wo damit Menschenrechtsverletzungen, Bürgerkrieg und Krieg angeheizt werden. Deutsche Waffen finden sich in den Kriegen in Syrien und im Jemen. Mit ihrer Hilfe werden Menschen verletzt, in die Flucht gezwungen und getötet. Die Versprechen der Bundesregierung, das schärfer zu kontrollieren, hat sie nicht eingelöst: Weiterhin ist Deutschland auf Platz 4 der Waffen-Export-Weltmeister. Und die Waffenexporte steigen. Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt das ab. Die großen Kirchen und viele Bürgerinitiativen in Deutschland fordern eine Kehrtwende der Bundesregierung. Die Ausgaben für Rüstung sind insgesamt gestiegen. Wir sagen: Das ist der falsche Weg! **DIE LINKE tritt für den Frieden ein. Wir holen die Bundeswehr aus Auslandseinsätzen zurück. Waffen- und Rüstungsexporte werden wir verbieten.**

8. Wir machen den Sozialstaat sicher

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Niemand darf hier in Armut leben müssen. Keine arbeitslose Mutter darf gezwungen sein, bei den Lebensmitteln zu sparen, damit sie ihrem Kind einen neuen Schulranzen kaufen kann. **Wer arbeitslos wird, darf nicht in Armut und Hartz IV abstürzen.** Das Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. Die Hartz-IV-Sätze sind Armut per Gesetz und reichen nicht für angemessene Ernährung. Das hat ein Gutachten der Regierung ergeben. **Wir wollen stattdessen eine Mindestsicherung von 1.200 Euro einführen, die nicht gekürzt werden kann (»sanktionsfrei«).** Teil des Sozialstaates sind gute soziale Dienstleistungen, die für alle da sind: Gebührenfreie Kitas, kostenloses Essen in Schule und Kita. Wir wollen öffentliche Schwimmbäder aufbauen – jedes Kind soll schwimmen lernen können. Gute Pflege, die nicht arm macht. Während der Corona-Krise sind viele Hilfgelder ausgezahlt worden. Vor der Wahl will die Regierung nicht drüber sprechen: Nach der Wahl entscheidet sich, ob die Kosten durch Kürzungen und Privatisierungen im Sozialen beglichen werden. Wir wollen eine Vermögensabgabe auf Vermögen über 2 Mio. Euro einführen, um die Kosten der Corona-Krise zu finanzieren. **Mit einer starken LINKEN gibt es keinen Sozialabbau!**

9. Solidarität ist unteilbar

Wir wollen eine Gesellschaft, die frei ist von Ausgrenzung und Ausbeutung und die jede*n mitnimmt. Mit gleichen Rechten für alle, die hier leben. Mit einem funktionierenden Sozialstaat und guten öffentlichen Dienstleistungen für alle. **Wir erteilen Diskriminierung und Rassismus eine Absage.** Ungleiche Löhne, ungleiche Chancen auf ein gutes Leben zwischen Männern und Frauen*, zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen, zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen schaden uns allen. Jedes Leben zählt, wir



lassen niemanden zurück, auch nicht auf der Flucht. Wenn die Zukunft unserer Kinder verbaut wird, weil die Schule ungleiche Startbedingungen im Elternhaus nicht ausgleichen kann, sagen wir: Das geht besser! Wir wollen, dass Demokratie mehr bedeutet, als dass wir alle vier Jahre unsere Stimme abgeben. **Demokratie muss heißen: das ist unser Land, unsere Stadt, unser Betrieb, unsere Gesellschaft. Hier bin ich Zuhause, weil wir zusammen unsere Zukunft bestimmen.**

10. Wir setzen dem Einfluss von Reichen und Konzernen auf die Politik Grenzen

Wer viel Geld hat, hat viel Einfluss auf die Politik. Die großen Immobilienkonzerne haben großzügig an CDU und FDP gespendet und die arbeiten fleißig gegen den Mietendeckel. DIE LINKE ist unabhängig. Wir lassen uns nicht kaufen. Wir nehmen keine Spenden von Unternehmen. Damit die Demokratie funktioniert, werden wir Unternehmens-Spenden und -Sponsoring an Parteien verbieten. Wir decken den Einfluss von Lobbyisten auf. **Die Lobby der LINKEN sind die Menschen, die für soziale Gerechtigkeit streiten.** Gemeinsam können wir die Welt und das Land verändern. Wir kämpfen für eine andere Politik, für einen Regierungswechsel: Gemeinsam machen wir das Land gerecht. Zusammen mit Ihnen. **Daher bitten wir bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 um Ihre Stimme für DIE LINKE.** Soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Frieden gibt es nur mit einer starken LINKEN. Jetzt!



Wer sich für aktuelle Informationen von der **Bundesebene** interessiert, die und den verweisen wir mal auf die jüngste Nummer der **Klar**, die Vierteljahreszeitung der Bundestagsfraktion DIE LINKE, die einen Querschnitt aus der Arbeit des Parlaments bietet (<https://klar.linksfraktion.de/ausgabe-50-sommer-2021-6/>). Und dann sei hier auch noch die **Wahlzeitung zur Bundestagswahl am 26. September** der LINKEN empfohlen (<https://www.die-linke.de/wahlen/kampagne/wahlzeitungen/>).

Tipps und Termine

»Am 24. September gehen wir gemeinsam mit Fridays for Future auf die Straßen, geben unserem Aufruf für effektiven Klimaschutz Gesicht und Stimme und machen die Wahl zur Klimawahl. Mit hunderten Aktionen und Demos kämpfen wir gemeinsam weltweit für echten Klimaschutz und eine Zukunft ohne Klimakrise.« Mit diesen Worten wird für den **Globalen Klimastreik** am **Freitag, den 24. September**, geworben, zwei Tage vor der Bundestagswahl. Kundgebungsort ist um 12.00 Uhr auf der Willy-Brandt-Straße. Der Aufruf und alles Weitere: www.klima-streik.org/?utm_source=google&utm_medium=search&utm_campaign=google_search_offenen&gclid=EAlaIQobChMIsMekz308gIvE40DBx1ftg-J4EAYASAAEgLuGvD_BwE.





#HandinHand

Rettungskette für Menschenrechte

neuer Termin:

Samstag, 18. Sept. 2021



**TREFFPUNKT AM 18. SEPTEMBER 2021 UM 11:00
U-BAHN STEINSTRASSE ODER AN EINEM DER 10
SAMMELPUNKTE**

Unsere Mitteilung an Menschen, die mitmachen wollen:

Hier sind die 10 Sammelpunkte mit einer Zuordnung zu den Bezirken Hamburgs sowie Gebieten im Hamburger Umland:

1. Hauptbahnhof, Ausgang Steintorwall: Bezirk Nord und nördliches Umland
2. U-Hafencity/Lohsepark: Bezirk Wandsbek und Kreis Bad Oldesloe
3. U+S-Elbbrücken: Bezirk Bergedorf und östliches Umland
4. S-Veddel, Busbahnhof: Bezirk Altona und westliches Umland
5. Georg-Wilhelm-Str./Vogelhüttendeich: Bezirk Altona
6. Georg-Wilhelm-Str./Rotehäuser Str.: Bezirk Mitte
7. Georg-Wilhelm-Str./Trettaustr.: Bezirk Mitte
8. Georg-Wilhelm-Str./Hohe Schaar/Kornweide: Bezirk Eimsbüttel
9. Hannoversche Str./Neuländer Hauptdeich: Bezirk Harburg und südöstliches Umland
10. Bahnhof HH-Harburg, Hannoversche Str.: Bezirk Harburg und südwestliches Umland

Bereits am **Samstag, den 18. September**, beteiligen wir uns – und hoffentlich viele andere Menschen – an der **Rettungskette für Menschenrechte**. Hand in Hand soll ein Zeichen gesetzt für mehr Menschlichkeit und gegen das Sterben im Mittelmeer. Unter Beteiligung von über 100 lokalen und überregionalen Gruppen und Organisationen soll an diesem Tag eine **Menschenkette von Hamburg bis an die italienische Mittelmeerküste** gebildet werden. Alleine für die Strecke von Hamburg-Hauptbahnhof bis zum Harburger Bahnhof werden etwa 4.000 Menschen benötigt, die im coronabedingten Abstand von 3,50 m (verbunden durch Bänder und Banner) den nördlichen Ausgangspunkt dieser europaweiten Aktion bilden.

Treffpunkt ist um 11.00 Uhr an der U-Bahn Steinstraße oder an einem der 10 Sammelpunkte, von wo aus dann die Kette »entrollt« wird. »Kernzeit« für die Aktion ist zwischen 12.00 und 12.30 Uhr, dann sollte die Rettungskette in Hamburg, Deutschland und europaweit geschlossen werden. Wow! Mehr dazu hier: www.rettungskette.eu/de/home/

Macht mit beim PARK(ing) Day in Hamburg!, dazu rufen der BUND Hamburg und weitere Umwelt(stadtteil)gruppen auf. »Schon seit dem Jahr 2005 besetzen Aktivist:innen jährlich überall auf der Welt am 3. Freitag im September Parkplätze im urbanen Raum für einige Stunden, um zu zeigen, wieviel Platz wir dem Auto im begrenzten städtischen Raum einräumen und wieviel besser dieser Platz genutzt werden kann: Als Spiel- oder Erholungsflächen, grüne Inseln, nachbarschaftliche Ort des Zusammentreffens und Klönschnackens, Cafés, Buchtauschorte und vieles mehr. In Hamburg gibt es aktuell 805.780 PKWs, die durchschnittlich 23 Stunden täglich stehen (,Stehzeuge‘) und dabei Parkraum von etwa 12 m² beanspruchen. Das ergibt rein rechnerisch die unglaubliche Fläche von 9.669.360 m².« Der diesjährige **Parking Day** findet in der Langen Reihe am **Freitag, den 17. September**, von 12.00 bis 18.00 Uhr statt. Mehr hier: <https://www.bund-hamburg.de/service/termine/detail/event/parking-day-2021/>.

Weitere interessante Botschaften gibt es wieder aus der Verkehrspolitik. Schauen wir nach **Paris**, wo sich die Mehrheit der Bevölkerung dafür ausgesprochen hat, **flächendeckend Tempo 30** einzuführen. Unglaublich, unmöglich sagen die hiesigen Politiker:innen. In der 2,2-Millionen-Metropole Paris ist das laut »Hamburger Morgenpost« vom 1. September bis auf wenige Ausnahmen seit kurzem Alltag (<https://www.mopo.de/hamburg/tempo-30-in-paris-ginge-das-auch-in-hamburg/>).

Nicht minder wissenswert ist der »innerdeutsche« **Preisvergleich zwischen dem Auto, der Bahn und dem Flieger**. Das »Hamburger Abendblatt« veröffentlichte am 27. August dazu die Ergebnisse seines Verkehrsmittel-Vergleichs von sechs Zielen. Klarer Preissieger ist in allen Fällen die Bahn, absoluter Verlierer das Auto (wenn die Anschaffungs- und Unterhaltungskosten einbezogen werden), der Flieger liegt dazwischen, was allerdings auch durch das steuerlich bevorzugte, spottbillige Flugbenzin ermöglicht wird.

Kosten Euro	Zeit Std.	Strecke km
 109,98	1	
 52,80	4.05	
 345,66	4.40	401

Vom **8. bis 10. Oktober** findet der **23. Bundesweite Umwelt- und Verkehrskongress** statt, dieses Mal in München. **Ist noch »Platz da!«?**, lautet das Motto dieser Tagung des Vereins FUSS e.V. und diverser Netzwerke. Und es geht natürlich um **Mehr Raum für Menschen**. Anmeldung und Programm hier: www.buvko.de/.

In seinen jüngsten »Randnotizen« vom 10. September hat Jonas Füllner, Redakteur des Straßenmagazins »Hinz & Kunzt«, auf eine wichtige Ankündigung des Immobilienkonzerns »Akelius« hingewiesen: den **geplanten Verkauf seiner rund 3.500 Hamburger Immobilien zum Jahresende** (<https://www.hinzundkunt.de/akelius-vor-abschied-aus-hamburg/>). Bei einer Durchschnittsmiete von 12,22 Euro/qm (und damit um 40 über dem Hamburger Mietenspiegel) werden, wie Jonas Füllner treffend schreibt, »nur die Wenigsten dem Immobilienriesen eine Träne nachweinen«.

Hamburg feiert schon seit einigen Monaten die **Einführung der Bund-Länder-Städtebauförderung vor 50 Jahren**. Die Frage, was Sanierung bedeutet, hätte vor mehr als einem halben Jahrhundert unweigerlich diese Antwort aufgerufen: Abreißen und Neubauen. Seit 1971 hat sich dieses Motto nachhaltig entschärft. Seitdem gibt es eben auch Mittel, innerstädtische Altbauquartiere eben nicht (unbedingt) platt zu machen, sondern durch entsprechende finanzielle Unterstützung wieder fit zu machen. Davon handelt auch die **Ausstellung »1971 – 2021: 50 Jahre Städtebauförderung in Hamburg«**, die vom 14. September bis zum



16. Oktober im Foyer der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (Neuenfelder Straße 19) zu sehen ist. Die Öffnungszeiten sind montags bis freitags 14.00–19.00 Uhr und samstags 12.00–17.00 Uhr. Mehr dazu: <https://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/15050084/2021-05-07-bsw-hamburg-feiert-50-jahre-staedtebaufoerderung/>.

Mietendeckel geht doch, und das gleich bundesweit! Zu diesem eindeutigen Ergebnis kommen der Stadtsoziologe Andrej Holm und der Mietrechtsanwalt Benjamin Raabe in einer Ende August publizierten Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Auftrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Die umfangreiche, **136seitige Schrift** trägt den Titel **Bundesweiter Mietendeckel. Regelungsmöglichkeiten und Beitrag für eine soziale Wohnraumversorgung**. Die Studie wird den (bis noch) Regierenden aus SPD und CDU schwer zu schaffen machen, denn der Nachweis, dass ein bundesweiter Mietendeckel in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt verfassungsrechtlich möglich ist, dürfte, naja, sollte vor allem die SPD unter Druck setzen. Die bekanntlich gerade in Hamburg gegen alles wettet, was die Wohnungswirtschaft einschränken könnte. Zur Studie geht es hier: <https://www.rosalux.de/publikation/id/44898?cHash=02842e69affb0722b4991556f76e54e8>.

Schon am **Samstag, den 18. September**, lädt DIE LINKE zu einer Kundgebung auf den Hansaplatz in St. Georg ein. **Obdachlosigkeit beenden** lautet die Parole. Sprechen werden an diesem Nachmittag (um 15.00 Uhr) die Bürgerschaftsabgeordneten Dr. Stephanie Rose und David Stoop sowie der Sozialarbeiter Johan Graßhoff. Letztere beiden sind auch Direktkandidaten für den Bundestag im Einsatz.

Eine höchst lehrreiche Sendung zur **Wiener Wohnungspolitik** strahlte am 8. September das ARD-Magazin »Plusminus« aus. In gerade mal neun Minuten wurde das Drama der bundesdeutschen Wohnungspolitik verglichen mit den Erfolgen in der österreichischen Hauptstadt. Für den großen Gemeinnützigkeitssektor gilt dort z.B. die Regelung, dass die Neubauwohnungen zum Preis von 6 bis 7 Euro/qm vermietet werden. Der Clou, wenn nach **35 Jahren die Bindungen auslaufen** – die Wohnung ist inzwischen »abbezahlt« – geht die Monatsmiete auf **4,50 Euro/qm** zurück. Es geht hier eben nur um die Kostenmiete, die eine Steuerbefreiung zur Folge hat. Und Anspruch haben alle Wiener:innen mit einem maximalen Nettoeinkommen von jährlich 80.500 Euro, was bedeutet, dass die allermeisten Bürger:innen dieser Metropole Anspruch auf eine solche Wohnung haben. Guckst du hier: www.ardmediathek.de/video/plusminus/so-geht-bezahlbarer-wohnraum-in-wien/das-erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRlL3BsdXNtaW51cy83Zjc4ZGZhYi02NTQxLTQxOTMtYjQwNi1jNDEwOGQ2Mjg0ZjM/.

Seit einiger Zeit mischen sich die **Gewerkschaften verstärkt in die wohnungspolitische Debatte** ein. Kein Wunder, denn ein wachsender Teil der Bevölkerung gibt längst mehr für das Wohnen als die 30 % des Geldbeutels, ein Wert, der als Obergrenze seit langem anerkannt ist. Explodierende Mietkosten und eine Inflationsrate von mittlerweile fast 4 % fressen schließlich jede Lohn- und Gehaltserhöhung der letzten Jahre auf! In einem Falblatt vom Februar 2019 wurde schon unterstrichen, »dass Wohnen bezahlbar sein muss – denn das ist schon die halbe Miete!«. Im Juni 2021 ist inzwischen in vierter Auflage die 28seitige Broschüre »Bezahlbar ist die halbe Miete. Gewerkschaftliche Positionen für eine soziale und nachhaltige Wohnungspolitik« herausgekommen (file:///D:/Benutzer/Michael%20Joho/AppData/Local/Temp/bezahlbar_halbe_miete_4._auflage_2021.pdf). Jüngst haben die Gewerkschaften IG Bauen-Agrar-Umwelt und ver.di eine 18seitige Broschüre unter der Überschrift »Keine Rendite mit der Miete. Für eine neue Gemeinnützigkeit« herausgegeben (<https://wipo.verdi.de/++file++60d5bd6664eebec07a7c8c7d/download/verdi%20BAU%20Broschu%CC%88re%20Wohngemeinnu%CC%88tzigkeit-1.pdf>).



Fuss e.V., der **Fachverband Fußverkehr Deutschland** hat seine **Wahlprüfsteine** vorgelegt. Einleitend schreibt der Verein auf seiner Homepage: »Mehr Tempo 30 und Zebrastreifen, weniger Falschparker und Zweiräder auf Gehwegen: Das versprechen Grüne, Linke und SPD vor der Bundestagswahl. Die CDU sieht kaum Handlungsbedarf und die FDP sah keinen Bedarf, uns zu antworten.« Wenn die Befragungsergebnisse interessieren: <https://www.fuss-ev.de/?view=article&id=834:wahlpruefsteine-drei-parteien-antworten-zwei-nicht&catid=83>.

Ein schönes Angebot macht der Verlag Assoziation. Er hat jetzt zum freien Downloaden ein spannendes, 168seitiges Werk ins Netz gestellt: das Buch **Reclaim Your City. Urbane Protestbewegungen am Beispiel Berlins** von **Tobias Morawski**. Die Publikation ist zwar schon 2014 erschienen, enthält aber immer noch viel Lesenswertes zu den aktiven Berliner Szenen und ist ein wichtiges Dokument aus dem Recht-auf-Stadt-Zusammenhang. Oder, wie es der Verlag formuliert: »Anhand des konkreten Beispiels Berlin liefert das Buch einen repräsentativen Querschnitt durch die emanzipatorischen städtischen Bewegungen der aktuellen Zeit. Es beschreibt den Wandel der Städte im Neoliberalismus und stellt die Auseinandersetzungen um Macht und Teilhabe am städtischen Raum dar.« Guckst du hier: https://www.assoziatio-a.de/dokumente/Morawski_Reclaim_Your_City.pdf. Wer es lieber analog mag, kann das Buch auch noch immer für 16,- Euro im Laden erwerben.

Wer noch ein paar weitere **aktuelle Materialien der Hamburger LINKEN kennenlernen möchte**, nicht nur anlässlich der Bundestagswahl am 26. September, könnte sich beispielsweise die frisch erschienene Broschüre **Die Sozialbilanz. Wie Corona Hamburg verändert hat** anschauen (<https://www.linksfraktion-hamburg.de/publikationen/die-sozialbilanz-wie-corona-hamburg-veraendert-hat/>). Dabei handelt es sich um die gedruckte Kurzfassung des ausführlicheren, 53seitigen Gutachtens zu den sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie in unserer Stadt (<https://www.linksfraktion-hamburg.de/corona/studie-soziale-auswirkungen-der-pandemie/>), das wir schon im letzten »Bürger:innenbrief« beworben hatten. Dazu passend erwähnen wir auch die aktuelle Ausgabe der Zeitung der Hamburger Linksfraktion namens Backbord. Drin geht es um eben den großen Graben, lies: die Verschärfung der sozialen Spaltung in unserer Stadt (https://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/sites/2/2021/05/Backbord_01_2021.pdf).

Schiller-Oper: Stopp der Abrissarbeiten

Von Heike Sudmann

Seit Monaten läuft der Abriss der Anbauten rund um das denkmalgeschützte Stahlgerüst der Schiller-Oper. Jeden Tag, wenn ich dort vorbeifahre, halte ich den Atem an: Zum einen treten die beeindruckenden Ausmaße und die Gestalt der Schiller-Oper deutlicher zu Tage. Zum anderen ist die Gefahr,

dass bei den Arbeiten das Stahlgerüst irreparabel beschädigt wird, sehr groß. Und wie wir alle wissen, ist für die Eigentümerin das Denkmal ein Hindernis zur Verwirklichung ihrer Bauvorhaben. Ohne Denkmal sind das Grundstück und die Bebauung viel rentabler.



Die Situation am 8.4.2021 (Foto: H. Sudmann)



Und so sah es am 23.8.2021 aus (Foto: H. Sudmann)

Am Mittwoch, den 25. August, bekam ich von Anwohner:innen den Hinweis, dass die Abrissarbeiten auf einmal so rabiat durchgeführt würden, dass das gesamte Stahlgerüst bedrohlich wackele. Mein Anruf in der zuständigen Kulturbehörde am selben Tag, dass die Arbeiten eine neue »Qualität« erreichen würden und die Angst um das Denkmal wachse, zeigte eine erstaunliche Wirkung. Keine 48 Stunden später, nämlich noch am Freitag, wurde ein Stopp der Abbrucharbeiten verfügt. Seit Montag, den 30. August, ist von der bisherigen Abrissfirma auf dem Gelände auch nichts mehr zu sehen.

Es bleibt nur zu hoffen, dass es keine Beschädigungen an der Schiller-Oper gab, dass die Anwohner:innen und Denk-

malschützer:innen weiterhin so aufmerksam und aktiv bleiben und dass die Behörden alle weiteren Arbeiten auf das Strengste überwacht.

Der Beitrag erschien bereits im September-Newsletter »MitteN-mang« der Mitte-LINKEN.

Einen Eindruck vom Stopp der Bauarbeiten an der Schiller-Oper und den Folgen vermittelt ein dreiminütiger Beitrag im »Hamburg-Journal« des NDR vom 11. September: https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hamburg_journal/Wie-es-mit-der-denkmalgeschuetzten-Schilleroper-weiter-geht,hamj113574.html.



Plakat mit den aktuellen Forderungen der Schilleroper-Initiative, erschienen anlässlich des diesjährigen Tags des Denkmals

Ida Ehre im Visier von Presse, Polizei und Schulbehörde

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass



(Foto: Hanno Plass)

Die Aufregung ist groß. Am 30. August meldete selbst die Süddeutsche Zeitung aus dem maximal entfernten München: »An einer Hamburger Schule wird ein Polizist ... von Jugendlichen attackiert.«

Anlass war ein Zwischenfall am 19. August im Bezirk Eimsbüttel, bei dem es zu einer Auseinandersetzung zwischen einem Polizisten und einer Gruppe junger Menschen, vorrangig Schüler:innen, kam. Die Hamburger Medien griffen den Vorfall mehrfach auf, seitens der Schulbehörde und einer der angrenzenden Schulen wurden harte Maßnahmen erlassen.

Was war geschehen? Soweit der Vorfall am Donnerstag, den 19. August, bisher rekonstruiert werden kann, standen sich nach Schulschluss ein 13-Jähriger polizeibekannter Schüler und ein anderer Schüler an der Schlankreye gegenüber. In direkter Umgebung dieser Straße liegen vier Eimsbütteler Schulen: drei Gymnasien und eine Stadtteilschule. Weitere junge Menschen standen um die beiden herum. Der

zuständige »Cop4U« – Teil des Konzepts »Handeln gegen Jugendgewalt«, initiiert zu Zeiten des CDU-Schill-Senats und gedacht als polizeilich-pädagogische Arbeit an Schulen – sah die beiden Schüler und entschied sich einzugreifen. Er versuchte die beiden Schüler, die nah voreinander standen, zu trennen. Der Polizist versuchte den 13-Jährigen zu fixieren, was ihm nicht gelang. Ungeklärt wie es geschah, landeten beide auf dem Boden, wo der Polizist damit rang, den 13-Jährigen unter Kontrolle zu bringen. Dazu setzte er auch einen potenziell tödlichen Würgegriff an.¹ Die umherstehen-

¹ Über die »Fixierung« des Jugendlichen wird viel spekuliert. Einem international tätigen Kampfsportler und Ringrichter wurde das in der Presse zirkulierende Video der Festsetzung des 13-jährigen Jungen zur Bewertung vorgelegt. Er gibt folgende Einschätzung zu dem Griff des Polizisten ab: In Kampfsportarten sind vielerlei Würge- und Haltegriffe erlaubt. Wichtiger Unterscheid zur Wirklichkeit: es sind trainierte Kämpfer:innen, die Regeln und der Aufsicht einer: Schiedrichter:in unterliegen. Es gibt immer die Möglichkeit, durch Aufgeben (»abklöpfen«) den Kampf freiwillig zu beenden. Im vorliegenden Fall ist es eine Straßenauseinandersetzung zwischen ungleichen

den jungen Menschen versuchten, wie es auf verschiedenen Videos zu sehen ist, auf den Polizisten beruhigend einzuwirken, sie rufen den Polizisten an, sie filmen das Geschehen, sie sind entrüstet. Der Polizist seinerseits lässt den 13-jährigen nicht aus der Umklammerung. Es kommen Rufe auf, der 13-jährige kriege keine Luft, die Stimmung erhitzt sich, aber die Umklammerung des Polizisten hält an, der 13-jährige windet sich und ringt im Würgegriff. Eine Person versetzt dem Cop4U in dieser Situation anscheinend zwei Tritte vor den behelmten Kopf. Erst dann lässt der Cop4U von der Umklammerung ab und richtet sich, den Jungen immer noch festhaltend, auf. Herbeigerufene Streifen kommen heran und stellen sich zwischen die Schüler:innen und den Cop4U.

Zwar war der unmittelbare Konflikt beendet, jedoch kam es zwischen den anwesenden Schüler:innen und Polizist:innen zu einer weiteren Auseinandersetzung. Insgesamt wurden drei Minderjährige in Gewahrsam genommen.

Soweit der Versuch, den Vorfall auf Grundlage des vorliegenden Materials ohne eine Bewertung zu beschreiben. In der Presse hieß es, die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) sei herangeführt worden, es habe Durchsuchungen gegeben. Das Ergebnis durchaus mager: von Beschlagnahmungen oder gar sogenannten »gefährlichen Gegenständen«, die gefunden worden seien, ist nicht die Rede. Im Gegenteil, die Polizei erklärte – auf Nachfrage der »TAZ« –, der betreffende Jugendliche habe kein Messer bei sich gehabt. Der polizeiliche Aufwand ist immer noch hoch, Schüler:innen werden reihum zu Verhören einbestellt.

Öffentlich bewertet und geurteilt wurde ab Minute eins, sowohl durch die Polizei wie durch die Schulleitung und die Schulbehörde. Das Urteil der vierten Gewalt, der Presse der Hansestadt, tut sich – bis auf eine Ausnahme – bis heute schwer, sachlich und unvoreingenommen zu berichten.

Am Tag nach dem Vorfall legte die Polizei die Interpretation des Vorfalls fest, indem sie in ihrer Pressemeldung titelte, Schüler:innen hätten Polizisten angegriffen. Der Schulsenator rief nach »Härte« und »Konsequenz« noch bevor der Vorfall geklärt worden war. Diese law-and-order-Darstellung übernahm das »Hamburger Abendblatt«, das titelte, »Schüler schlagen Polizisten nieder«; gewürzt wurde der Artikel mit einer alten Prise über die »Antifa-Sticker-Affäre« aus dem Jahr 2019: Ein Schulprojekt im Politikunterricht

Kontrahenten, kein Wettkampf. Besonders für den Polizisten gelten jedoch immer noch Regeln, vor allem die der Verhältnismäßigkeit. Das in der Presse verwendete Video, auf dem zu sehen ist, wie der Cop4U mit dem Jungen ringt, zeigt, wie der Polizist einen sogenannten »Scarf Hold Chest Choke« anwendet. Bei diesem Griff wird durch den obenliegenden Körper und dessen Gewicht (in diesem Fall ein deutlicher Unterschied) über den Brustkorb/Solar Plexus Druck auf das Herz und die Lunge des untenliegenden Gegners ausgeübt, Herz und Lunge wird zusätzlich durch den Zug am Kopf zusammengepresst. Der Effekt des Ertrinkens wird ausgelöst: der untenliegende Gegner kann ausatmen, aber nicht einatmen. Bei dem untenliegenden Menschen (in diesem Fall ein Jugendlicher) werden Schmerz, Panik und Atemnot ausgelöst. Es besteht akute Lebensgefahr! Dieser Griff dient nicht der Fixierung eines Menschen, um ihn ruhigzustellen, er dient nicht der Kontrolle, er dient nur dem Zweck, die Luft des Gegners abzudrücken (und dadurch den sportlichen Sieg herbeizuführen). Dieser Würgegriff kann schwere Verletzungen hervorrufen, oder, wenn er länger als sechs Minuten ausgeübt wird, zum Tod führen.

wurde von der AfD zum gewaltverherrlichenden Indoktrinationsunterricht umgemünzt, und sowohl Schulbehörde wie Presse nahmen es ihnen ab.

Die Schulleitung reagierte mit einem Elternbrief, der den Schüler:innen mitgegeben wurde. Er war zwar an Eltern und Schüler:innen adressiert, im Brief wurden jedoch nur die Erwachsenen angesprochen. Alarmistisch wird der Vorfall als »eine absolute Ausnahmesituation« bezeichnet und mitgeteilt, es sei unmittelbar das Gespräch mit der Behörde gesucht worden. Das Gespräch mit den Schüler:innen und der Schulgemeinschaft scheint die Schulleitung bisher nicht zu suchen, wie auch der Elternrat in einer öffentlich zugänglichen Stellungnahme beklagt.²

Derzeit dauert die Debatte an. Hoch erhitzt springen AfD und CDU ins Feld für die Innere Sicherheit, die sie durch den »schrecklichen« Vorfall bedroht sehen. Bundesweit und im deutschsprachigen Ausland wird über den Vorfall berichtet – mehrheitlich mit verzerrenden und extrem reißerischen Schlagzeilen.

Die Schulleitung ist, so haben wir durch eine Kleine Anfrage an den Senat erfahren,³ aktiv geworden, um ein reguliertes Schulleben zu ermöglichen. Mit dem Ausnahmeparagraphen des Schulgesetzes, § 49 (9), der der Schulleitung erlaubt, Schüler:innen zwecks innerer Befriedung des Schullebens bis zu zehn Tage vom Unterricht auszuschließen. Elf Schüler:innen wurden so ohne Verfahren suspendiert, als ob ihre Anwesenheit am Ort des Geschehens des 19.8. selbst schon strafbewehrt sei.

Die Schüler:innen der Schule wurden sowohl durch die Presse als auch vom vorauseilenden Gehorsam der Schulleitung vorverurteilt. Sie beklagen eine weitreichende Stigmatisierung, Hetze und Bedrohung. Den guten Ruf der Schule sehen sie gefährdet. Ebenso ist fraglich, wie der Schulfrieden gewahrt werden soll, denn es zieht sich ein Riss zwischen Schulleitung, die eng mit der Behörde zusammenarbeitet, und dem Rest der Schulgemeinschaft. Namentlich und allein die Elternvertretung stellt sich schützend vor die Schüler:innen und kritisiert das Vorgehen der Schulleitung und Behörde. Darauf zu bestehen, dass es erst nach Anhörung der Schüler:innen einen Klärungsprozess geben kann, der zu einer Beurteilung führt, brachte dem Elternrat wiederum einen geharnischten Kommentar im Abendblatt ein: er würde die »nötige Sensibilität« vermissen lassen. Fragt sich Sensibilität wofür? Dass ein Polizist (erwachsen!) in eine ungeklärte Situation zwischen zwei Minderjährigen eingreift und es nicht schafft, den vermeintlichen Täter, zu kontrollieren, sondern ihn auf ihm liegend würgt, bis der Junge ruft, er kriege keine Luft mehr; dass die Jugendlichen sich nicht von einer Uniform einschüchtern ließen, sondern vielmehr bis zu dem Moment, wo der Junge rief, er kriege keine Luft mehr (was bei einem Griff nicht verwundert; in den USA sind der

² er-ies.de/stellungnahme-2021/stellungnahme-zum-vorfall-am-19-08-2021/#more-730

³ www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/76950/macht_die_schulbehoerde_polizeiarbeit_fragen_zum_konflikt_zwischen_cop4u_und_minderjaehrigen_hamburger_innen.pdf

Polizei solche Griffe verboten), versuchen, die Situation zu beruhigen und auf den Polizisten einreden? Um es mit den Worten des Elternrats zu sagen: »Wir möchten nicht, dass unsere Kinder einfach vorbeigehen, wenn jemand schreit, »ich bekomme keine Luft!«

Ohne Frage kann ein Tritt gegen den Kopf des Polizisten nicht gutgeheißen werden. Doch die Aufregung, die aus dem einen Vorfall folgt, steht in keinem Verhältnis zum wirklichen Geschehen und der unverhältnismäßigen Würgetechnik des Polizisten. Und die Aufregung steht in keinem Verhältnis zum Ausmaß des Schadens, der im Hinblick auf den nötigen Schutz der Kinder und Jugendlichen entstanden ist. Den Vogel schießt wie immer die »BILD« ab, doch das Abendblatt steht dem in wenig nach.

Eine ganze Schule ist mitsamt der gesamten Schüler:innenschaft vorverurteilt, alle Schüler:innen sollen zu Gewaltpräventionskursen verdonnert werden, das schulische Gewaltpräventionskonzept muss überarbeitet werden. Die Ida Ehre Schule ist, obwohl Schüler:innen mehrerer Schulen vor Ort gewesen sind, in der Öffentlichkeit verunglimpft. Seitens des obersten Dienstherren und schulpolitisch Verantwortlichen, Ties Rabe, gibt es keinerlei Rückendeckung für einen eigenen, pädagogisch orientierten Weg der Aufklärung, der auch die Unschuldsvermutung gegenüber den Schüler:innen gelten lässt. Elf Schüler:innen sind suspendiert, über eintausend Schüler:innen stehen am Pranger. Der Cop4U hingegen geht unbefragt weiterhin seinen dienstlichen Weg, unter Beifall der sozialen Medien und vermeintlichem Respekt vor seinem (wohlgerneht fehlgeschlagenen) Einsatz.

In dieser sehr unbefriedigenden Gemengelage ist es besonders bitter, dass pädagogische Fragestellungen erst gar nicht diskutiert werden können und Verständnis für diese Notwendigkeit kaum vorhanden ist. Ungeklärt ist zudem die Zuständigkeit: der Vorfall geschah nach Schulschluss, außerhalb des Schulgeländes. Ist es Aufgabe der einen Schule, die Verantwortung ausschließlich auf sich zu nehmen? Völlig außer Betracht geriet die Schulsozialarbeit an den Schulen, deren Schüler:innen an dem Geschehen in irgendeiner Form beteiligt gewesen sind. Auch wurden die Schüler:innen, entgegen jeder im juristischen Sinne geltenden Unschuldsvermutung, bevor Sanktionen gegen sie verhängt wurden, weder angehört noch in irgendeiner Weise vor Unterstellungen und Anwürfen geschützt. Es kommt eigentlich noch schlimmer. Die Polizei behauptet, zwischen dem öffentlichen Interesse und dem besonderen schutzwürdigen Interesse von minderjährigen Beteiligten abgewogen zu haben, als sie am 20. August ihre Pressemeldung »Schüler greifen Polizisten... an« veröffentlichte. Die

vielfältigen Informationen, die über den 13-jährigen über die Presse an die Öffentlichkeit gelangten, werfen ein grelles Licht auf die so genannte »Obacht«-Datei über straffällige Jugendliche. Die datenschutzrechtlichen Mängel wurden schon vor Jahren vom Hamburger Datenschutzbeauftragten beanstandet. Trotz Gesprächen zwischen Datenschutz, Polizei und Innenbehörde bestehen diese Bedenken fort. Und die jetzige Berichterstattung bestärkt die Befürchtung, dass der Datenschutz nicht ausreichend gewährleistet ist.⁴

Dass der fehlende Schutz der Schüler:innen nun zu öffentlichen Anfeindungen gegen sie führt, überrascht nicht, sondern folgt aus dem Umstand, dass sie quasi schutzlos und vorverurteilt der Wut des law-and-order Anhänger:innen ausgeliefert wurden. Wurden? Sind. Und zwar faktisch von einer Schulleitung, die sich nicht auf die pädagogischen Aufgaben und Qualitäten beruft, die ihre Schule auszeichnen. Von einem Schulsenator, dem absolut gar nichts einfällt, als aus der Ferne die Tonlage derjenigen zu flöten, die blind sind gegen mögliches Fehlverhalten seitens des Staates und der Behörden. Gerade weil der Staat das alleinige Gewaltmonopol innehat, zu Recht, dann muss er aber auch in der Lage sein, sein Handeln in jedem einzelnen Fall kritisch zu hinterfragen und möglicherweise in der nachträglichen Betrachtung und Auswertung zu korrigieren. Apropos Fehlerkultur! Wie sagte Ties Rabe letzten Sommer in einem Interview? Sein einziger Fehler sei es, Fehler zuzugeben!

Beschädigt sind in der ganzen Auseinandersetzung die Wege der Kommunikation, des Austauschs und der vertrauensvollen Zusammenarbeit. Die Stellungnahmen des Elternrats der Ida-Ehre-Schule sind deutlicher Ausdruck von massiver Missstimmung innerhalb der Schulgemeinschaft. Die Stellungnahmen des Elternrates sind die einzigen öffentlichen Stellungnahmen, die Partei ergreifen für die Schüler:innen, ihren Schutz, ihre Anhörung und für eine ergebnisoffene Klärung des Geschehens.

Überrollt in der allein ordnungspolitisch geführten Debatte sind die Schüler:innen. Über sie wurde kollektiv ein Urteil gesprochen, ohne dass sie überhaupt die Möglichkeit bekommen hatten, ihre Erfahrung und Sicht darzulegen. An ihnen wird das alte Schreckbild des delinquenten Jugendlichen durchexerziert. Angesichts seit Jahren insgesamt sinkender Zahlen von Jugendkriminalität bekommt die gesamte Debatte eine einzige Färbung: kompromisslose Repression gegen eine als links und unbequem geltende Schule. Im gesamtgesellschaftlich autoritären Klima fügen sich die Angriffe auf die Schüler:innenschaft der Ida Ehre Schule ein in ein Gesamtbild: Der Feind in Deutschland stehe links. So das Narrativ der herrschenden Klasse. Wie auch sonst?

⁴ taz.de/Hamburgs-Konzept-gegen-Jugendgewalt/!5793100/

Die Stimme des griechischen Volkes

Mikis Theodorakis (1925-2021), einer der bedeutendsten Komponisten des 20. Jahrhunderts und sicherlich der berühmteste Griechenlands, ist tot. Am 2. September ist er 96jährig in Athen verstorben. Die Radio- und Fernsehsende des Landes unterbrachen ihre Sendungen, präsentierten Musik von Theodorakis und erinnerten an sein Lebenswerk. Die Regierung ordnete eine dreitägige Staatstrauer an. Wohl kaum einem/einer anderen künstlerischen Lichtgestalt dürfte diese Ehre zuteil geworden sein. Dabei war Mikis nicht nur eine Ikone, die vom Volk als »Stimme des Volkes« bezeichnet wurde. Er war zeitlebens auch ein Kämpfer: »Als Jugendlicher während des Zweiten Weltkriegs gegen die deutschen Besatzer, als junger Mann an der Seite der Linken im griechischen Bürgerkrieg, ab 1967 während der Militärdiktatur in Griechenland zunächst aus dem Untergrund und nach seiner Freilassung 1970 aus dem Exil in Frankreich«, schrieb Hannah Schmidt in ihrem auch Widersprüche nicht zudeckenden Nachruf auf »Eine Jahrhundertfigur« Anfang September in der »ZEIT« (www.zeit.de/kultur/musik/2021-09/mikis-theodorakis-griechenland-komponist-alexis-sorbas-nachruf).

Berühmt geworden ist Theodorakis allerdings durch seine einzigartige Verbindung von Volksmusik und politischem Widerstand. Nicht zufällig wurde seine Musik wenige Wochen nach dem Putsch der griechischen Obristen 1967 verboten, der Besitz seiner Platten und sogar das Singen und Hören seiner Lieder als Verbrechen eingestuft und mit Gefängnis bedroht.

Am **Donnerstag, den 23. September**, findet nun um 20.00 Uhr (Einlass ab 19.30 Uhr) ein Konzert zum Gedenken an Mikis Theodorakis statt. Ein zweites Mal in der **St. Georger Dreieinigkeitskirche**, nachdem dort zum 1. Mai 2018 das Programm »Unbesiegbarer Frühling« aufgeführt worden war. Damals wie heute am Klavier der Theodorakis-Interpret und -Freund Gerhard Folkerts, die Rezitation aus den vielen Veröffentlichungen und autobiographischen Schriften nimmt wieder Rolf Becker vor. Extra eingeflogen wird für diese Veranstaltung die griechische Sängerin Frances Pappas.

Die Veranstalter:innen – das ist der deutsch-griechische Verein Elliniko, die ev.-luth. Kirchengemeinde St. Georg-Borgfelde sowie der Einwohnerverein St. Georg – weisen auf die 2-G-Eingangskontrolle hin: entweder geimpft oder genesen. Die coronabedingt eingeschränkte Zahl der Karten dürfte im Vorverkauf schnell sehr klein werden ...



**DIE SEELE
GRIECHEN-
LANDS**

Ein Konzert zum Gedenken an Mikis Theodorakis
mit Frances Pappas (Gesang), Gerhard Folkerts (Klavier)
und Rolf Becker (Rezitation)

Do • 23.09.2021 • 20 Uhr
Einlass 19.30 Uhr, Dreieinig-
keitskirche St. Georgs Kirchhof

Eintritt: 18 €, ermäßigt 9 €
Karten im Vorverkauf:
Optiker Beckert (Lange Reihe 55)
Weinkauf St. Georg (Lange Reihe 73)

Bitte nur geimpft oder genesen.
Es findet eine Eingangskontrolle
mit geführter Namensliste statt.

Veranstalter:
Förder- und Freundeskreis
Elliniko e.V., Ev.-Luth. Kirchengemeinde St. Georg-Borgfelde,
Einwohnerverein St. Georg
von 1982 e.V.

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg